Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.

Rundbrief

Liebe Freundinnen und Freunde,

heiß ist er, dieser Sommer. Und das hier bei uns auf der Schwäbischen Alb nicht nur des Klimas wegen. Zumindest nicht in Gammertingen. Denn unser Protest gegen eine „Patenschaft" der Stadt Gammertingen mit einer Bundeswehreinheit, den wir im letzten Rundbrief angekündigt haben, erhitzt gehörig so manche Gemüter. Und wir sehen uns plötzlich in die Lage gestellt, uns mit einem Thema gründlich zu beschäftigen, von dem wir das nicht gedacht hätten: „Bundeswehrpatenschaften". Das hat uns in der Vergangenheit doch gar nicht interessiert. Uns war auch nicht bewusst, dass es hunderte solcher „Patenschaften" gibt. Nun ist das unvermittelt zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit geworden.

Traum von entmilitarisierter Region entschwunden...

Natürlich weiß ich seit 30 Jahren - so lange lebe ich in Gammertingen -, welchen hohen Stellenwert das Militär hier in dieser Region hat. In den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts galten unsere Proteste vor allem den Atomraketenstellungen in unserem unmittelbaren Umfeld, nämlich in Großengstingen und Inneringen. Nach dem Ende des „Kalten Krieges" hofften wir, dass eine „Bundesrepublik ohne Armee" möglich sein und „Frieden schaffen ohne Waffen" endlich eine reale Chance bekommen könnte. Damals habe ich mich stark für eine Entmilitarisierung unserer Region engagiert. Unter anderem nutzte ich den Wahlkampf zur Bundestagswahl 1990 als damaliger Kandidat der „Grünen" im Wahlkreis Zollernalb/Sigmaringen, um für eine Überwindung des Militärs und den Aufbau ziviler Strukturen mit neuen Arbeitsplätzen zu werben. Leider war das Echo gering, die Kommunalpolitiker setzten sich schon damals vehement dafür ein, die Standorte im Landkreis zu erhalten. Aber auch aus der eigenen Partei - die ich vor 18 Jahren wieder verließ - erhielt ich damals wenig Unterstützung. Rückblickend gesehen muss ich selbstkritisch einräumen, sind mir meine Träume von einer entmilitarisierten, modellhaften Region Sigmaringen aufgrund eigener Resignation wohl im Laufe der Zeit entschwunden. Mein Engagement konzentrierte sich auf andere Problemfelder. Doch das hat sich jetzt schlagartig geändert – insofern gebührt dafür Bürgermeister Jerg mit seiner „Bundeswehrpatenschaft" Dank. Er hat mein Augenmerk wieder auf die lokalen und regionalen Bezüge gelenkt. In diesem Rundbrief wird ausführlich über die bisherigen Erfahrungen mit unserem Protest gegen die „Patenschaft" und die damit verbundene Unterstützung des Afghanistan-Krieges informiert. Wir stellen auch ausführlich die Gründe dar, die für uns gegen diese Art von „Patenschaft" sprechen.

Aus dem Inhalt

- **Nachrichten**
- **Rund ums Lebenshaus**
- **Aktion „Offener Brief" wegen Kriegsunterstützung**
- **Gründe gegen „Bundeswehrpatenschaft"**
- **Anti-AKW-Bewegung: Große Chance**



„Frieden schaffen ohne Waffen" aktueller denn je

Minister Guttenberg – offiziell noch immer Verteidigungsminister genannt, obwohl meines Erachtens Kriegsminister für diese Funktion inzwischen zutreffender wäre – hat jetzt seine „Reformpläne" vorgelegt. Demnach soll eine beachtliche Truppenreduzierung um etwa ein Drittel vorgenommen werden. Standorte werden geschlossen. Unter den Politikern der von potentiell durch Standortschließung betroffenen Regionen und Gemeinden ist bereits erneut ein Wettlauf ausgebrochen, in dem die besondere Akzeptanz der Bundeswehr durch die Bevölkerung betont wird. Lieber am Militär festhalten als sich für zivile Alternativen engagieren. Bei diesem „Geschäft" werden Friedensaktivisten natürlich besonders als „Störenfriede" empfunden.

66
September 2010
17. Jahrgang

Im Übrigen stellen die geplanten Truppenreduzierungen und Standortschließungen natürlich keinen Abrüstungsschritt dar. Vielmehr wird die Umwandlung der Bundeswehr von einer Armee zur Landesverteidigung zu einer „Armee im Einsatz" fortgesetzt. Sie wird umgebaut und zu einer schlagkräftigen Truppe abgespeckt, um wirksamer Krieg führen zu können. Afghanistan ist ein Anfang. Mit Abrüstung und Frieden hat das alles nichts zu tun. Im Gegenteil. Deshalb ist das Motto „Frieden schaffen ohne Waffen" heute aktueller denn je.

Soldaten können wichtige Verbündete für Friedensbewegung sein

Um das hier auch noch zu betonen: Unser Protest richtet sich gegen diese Politik und das darauf ausgerichtete Instrument Bundeswehr. Er richtet sich nicht gegen den einzelnen Soldaten als Menschen. Es gibt viele Gründe, warum jemand Soldat wird – sei es aufgrund fehlender beruflicher Perspektiven, vielleicht aus Überzeugung, so am besten dem Frieden dienen zu können, möglicherweise aus Unwissenheit über die Realität von Kriegseinsätzen wie in Afghanistan. Ich selber bin in jungen Jahren als Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr gelandet, weil ich mich einfach nicht genügend mit den Aufgaben der Truppe auseinandergesetzt habe. Mich hat das auf den Weg zur späteren Kriegsdienstverweigerung geführt und gibt mir Motivation für mein Friedensengagement bis heute. Ich weiß um eine ganze Reihe von heute in der Friedensbewegung engagierter Menschen, die ebenfalls bei der Bundeswehr waren. Und so können Soldaten und Kriegsveteranen auch wichtige Verbündete in unserem Kampf für eine Entmilitarisierung der Politik und für eine Überwindung kriegerischen Konfliktaustrags werden. Deshalb freue ich mich besonders, dass mit dem Oberfähnrich Christian Neumann ein im elften Jahr aktiver Bundeswehrsoldat unsere aktuelle Protestaktion unterstützt.

„Heißer Herbst" gegen Atomkraft

In diesem Rundbrief liegt der Schwerpunkt eindeutig auf der Problematik Militarisierung bzw. Entmilitarisierung. Es gibt natürlich auch noch andere sehr wichtige Themen und Konflikte. Mit manchen davon beschäftigen wir uns ebenfalls. Und beteiligen uns an Aktionen. So wenn es um Ausstieg oder Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken geht. Und mit Begeisterung sehe ich, was die Anti-AKW-Bewegung in den letzten Monaten hin bekommen hat und wie es uns damit gelingt, die Befürworter der Atomenergie zu verunsichern. Jetzt steuern wir auf die entscheidende Phase der Auseinandersetzung zu. Im September wollen Bundesregierung und Bundestag über ein „Energiekonzept" und längere Laufzeiten der Atomkraftwerke beraten. Deshalb mobilisieren zahlreiche Anti-AKW-Organisationen für einen „heißen Herbst" mit zahlreichen Veranstaltungen. Wer für eine wirkliche Energiewende eintritt, sollte unbedingt an der einen oder anderen dieser Veranstaltungen teilnehmen.

Abschließend möchte ich mich noch bei allen herzlich bedanken, die unser Projekt in der einen oder anderen Weise unterstützt haben! Ohne Sie, ohne Euch wäre vieles von dem, was wir machen, nicht möglich.

Schalom – Salaam

Euer / Ihr



Michael Schmid

Hinweis

Wir senden diesen Rundbrief an eine Reihe von Menschen, die unsere Aktion gegen „Bundeswehrpatenschaften" unterstützen. Wir würden Ihnen gerne unsere kommenden Rundbrief-Ausgaben ebenfalls zukommen lassen. Sollten Sie das nicht wollen, so bitten wir um eine kurze Nachricht. Unser gedruckter Rundbrief erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Bitte um Unterstützung

Um die Kosten, die durch unsere fortlaufende Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie entstehen, decken zu können, sind wir auf Ihre und Eure Unterstützung und Spenden angewiesen.

Für die Rückzahlung privater Darlehen wäre es nützlich, wenn wir dies zumindest teilweise durch neu gewährte (zinslose) Darlehen bewerkstelligen könnten.

Jede Spende – groß oder klein, regelmäßig oder einmalig -, jede Fördermitgliedschaft und jedes (zinslose) Darlehen hilft! Herzlichen Dank!

Nachrichten aus dem Lebenshaus

Informations- und Diskussionsveranstaltung zu Kairos-Palästina-Dokument

Am 23. Juli 2010 fand im Haus der Katholischen Kirche in Stuttgart eine gut besuchte Informations- und Diskussionsveranstaltung zu dem Kairos-Palästina-Dokument statt. In einem gemeinsamen Aufruf wandte sich eine Gruppe führender palästinensischer Christinnen und Christen aus allen Konfessionen im Dezember 2009 an die „palästinensische und die israelische Gesellschaft, an die Weltgemeinschaft und an die christlichen Brüder und Schwestern in den Kirchen in aller Welt". In der politisch nahezu aussichtslosen Lage, in der sie sich nach 43 Jahren israelischer Besatzung befinden, verstehen diese palästinensischen Christen ihren Aufruf als „ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte der Leiden der Palästinenser und Palästinenserinnen".

Nach der Begrüßung durch Dr. Sören Widmann führte der evangelische Alt-Landesbischof D. Eberhardt Renz kompetent in die Veranstaltung ein. Danach stellte Angel Saba aus Bethlehem, die sich als Delegierte für die gleichzeitig tagende Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Stuttgart befand, das Kairos-Dokument vor.

Dieses Dokument verbindet christliche Glaubensüberzeugung mit klaren politischen Forderungen. Wörtlich heißt es: „Wir appellieren an die Israelis, die Besatzung zu beenden. Sie werden dann eine Welt ohne Angst und Bedrohung entdecken, in der Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden herrschen." Und weiter: „Wenn wir das Ende der Besetzung fordern, dann geht es uns nicht nur darum, die gedemütigte Menschlichkeit der Palästinenser zu heilen, sondern auch darum, die Israelis von der Gewalt der Besetzung zu befreien." Deswegen und weil sie „die Kraft der Liebe anstatt der Rache" bezeugen wollen, rufen die vereinigten Christen Palästinas Israelis und Palästinenser auf: „Lasst uns gemeinsam dem Bösen widerstehen, dem Bösen der Besetzung und dem teuflischen Zyklus der Gewalt!"

In der anschließenden Diskussion gab es sehr kontroverse Beiträge. Insbesondere Mitglieder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft meldeten sich mit Beiträgen zu Wort, die zunehmend den Unmut im Publikum anwachsen ließen.

Träger der Veranstaltung waren die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg; pax christi;Friends of Sabeel - Germany; Evangelisches Missionswerk in Südwestdeutschland; Pro Ökumene - Initiative in Württemberg; Lebenshaus Schwäbische Alb; Ohne Rüstung Leben; Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig.



Demonstration in Stuttgart: Atomausstieg sofort! - Energiewende jetzt!

2.354 Atomkraftgegner haben am 24.07. in Stuttgart gegen die Energiepolitik der schwarz-gelben Landes- und Bundesregierungen protestiert. Vor dem Umweltministerium bildeten sie eine Anti-Atom-Sonne mit über 20 Meter Durchmesser und überreichten Umweltministerin Gönner eine rote Laterne für den geringsten Anteil der Windenergie am Stromverbrauch eines Flächenlandes in der Bundesrepublik.

Wer bei unserer Demonstration „Atomausstieg sofort! Energiewende jetzt!" in Stuttgart nicht dabei war, hat etwas verpasst. Beeindruckend war die Vielzahl an Fahnen, Transparenten und phantasievollen Verkleidungen: Eine richtig bunte Demo. Durch alle Redebeiträge zog sich: Wir wollen keine Laufzeitverlängerung, wir wollen keinen Großkonzern EnBW, sondern die Energiewende hin zu einer dezentralen, regenerativen und lokal verankerten Energieversorgung.

Besonders beeindruckend war die auf der vorhergehenden Dauermahnwache gebaute „Rote Laterne", die die Rolle des Schlusslichts symbolisierte, die Baden-Württemberg bei der Windenergie einnimmt. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von der engagiert auftretenden Kapelle „Folk For Fun" aus Güglingen und „Südpol Crew" aus Stuttgart. Auch Kabarettist Peter Grohmann von den „Anstiftern" aus Stuttgart richtete mit launig-politischen Worten seine Grüße ans Publikum.

Die angepeilte Zahl von tausend Teilnehmern wurde weit übertroffen. Wir können mit der Aktion gestern zufrieden sein und wir haben gezeigt: Mit der Antiatombewegung ist weiter zu rechnen. Auch in Baden-Württemberg.

Aufgerufen zu Kundgebung und Demonstration hatte ein breites Bündnis, zu dem auch *Lebenshaus Schwäbische Alb* gehört.

„Im, um und rund ums Lebenshaus herum“

Von Katrin Warnatzsch, Sozialer Friedensdienst im Lebenshaus

„Ich brauche Abstand, will mit jemandem reden, muss mich neu sortieren“

Mehrere Menschen haben in den letzten Wochen einen oder wiederkehrende Besuche bei uns gemacht, um über sich und das eigene Leben oder Engagement mit uns nachzudenken. Dabei bieten wir verabredete Zeit an, in der das Anliegen ausgebreitet und betrachtet werden kann. Mit zugewandtem Zuhören und empathischen Nachfragen entwickelt sich ein Dialog, kann eine neue Perspektive für das Erzählte entstehen, allmählich, manchmal plötzlich, manchmal über Nacht oder auf dem Nachhauseweg. Die Rückmeldungen, die uns erreichen, sind uns Ermutigung und freuen uns. Biographisches Aufarbeiten in fortgeführten Begegnungen, wie es eine Frau mit mir angefangen hat, mit selbst bestimmtem Tempo und dem Wunsch, grundsätzlich voran zu kommen im Verarbeiten der eigenen traumatischen Lebenserfahrungen: das kann zur Aufnahme von immer wieder verschobenen Therapien führen, ermutigen, auch andere Veränderungen im Alltag endlich anzupacken. Aus der Vereinsamung im Alltag ist sie einen Schritt herausgetreten.

„Etwas stimmt da nicht, was bedeutet das und was kann ich tun?“

Es kommen auch Personen auf mich zu mit einem zunächst noch unklar formulierten Anliegen zur Lebensplanung. Auch im schriftlichen Austausch, z.B. per E-Mail, oder am Telefon, lässt sich manches klären, helfen Informationen weiter, wenn sie genau auf die Fragen abgestimmt sind. Zum Beispiel suchte eine Frau einen Termin zum Treffen mit uns, weil sie das Gefühl hatte, in ihrer Gruppe sei die Kraft zu Entscheidungen verloren gegangen. Durch sorgfältiges Nachfragen von mir als völlig Außenstehender, konnten mögliche Ursachen benannt und das eigene Handeln erarbeitet werden. Eine lange und mühevolle Anreise zu uns war nicht nötig.

Unklare Anfragen im Vorfeld einer Anreise abzuklären hilft uns, unser Angebot und die Nachfrage besser aufeinander abzustimmen. Es ist so, dass wir ein spezielles Angebot haben, das sich nur an Menschen richtet, die sich bereits entschlossen haben, in ihrem Leben etwas verändern zu wollen.



Lebenshaus als Ort zum Erproben des eigenen Familienlebens

Eine junge Mutter von zwei kleinen Kindern aus unserer Stadt hatte vor einiger Zeit ihre Familie verlassen und es aus verschiedenen, traurigen Gründen nicht geschafft, den Kontakt zu ihren Kindern zu pflegen. Inzwischen lebt sie mit neuem Partner am nördlichen Ende der Republik, macht eine Ausbildung zu Ende und will eine neue Familie gründen. Ihre beiden Kinder möchte sie nun regelmäßig besuchen, und so wurde das *Lebenshaus* als Ort der Begegnungen angefragt, letztendlich ein Einfall der Rechtsanwältin, die unseren Flyer und bereits mehrere Kontakte zu uns hatte. Eine große Veränderung und hohe emotionale Belastung für die junge Frau, ihren Partner und sicher auch für alle anderen Beteiligten. Von den hochgeschraubten Erwartungen und Planungen in der Realität dann Abstand zu nehmen und sich an den Bedürfnissen der Kinder zu orientieren, war nicht einfach und ist ein nun angestoßener Lernprozess. Froh und erleichtert über die selbst gestaltete Zeit mit den Kindern und ein absehbares Wiedersehen reiste die junge Mutter mit ihrem Partner wieder ab. Die eigenen traumatischen Kindheitserfahrungen, die sie an der Erfüllung ihrer erwachsenen Mutterrolle hindern, müssen auch hier weiter in einer Therapie aufgearbeitet werden.

Geplant sind nun regelmäßige mehrtätige Besuche im *Lebenshaus*.

„Damit sind wir nicht einverstanden! Was können wir tun, um gehört zu werden?“

Wie aus diesem Rundbrief leicht zu ersehen ist, haben wir uns intensiv mit dem Thema „Militarisierung des Alltags“ beschäftigt. Der öffentlich kaum bemerkte, veränderte politische Auftrag der Bundeswehr, Soldaten in Kriegseinsätze ins Ausland zu senden, mit denen ein großer Teil der Bevölkerung gar nicht einverstanden ist, zieht verstärkte Bemühungen der Bundeswehr und der Politik nach sich, das Klima in der Öffentlichkeit zu Gunsten der Einsätze zu beeinflussen. Dies haben wir auch vor Ort in unserer kleinen Stadt mit großem Unbehagen wahrgenommen, z.B. beim letztjährigen Weihnachtsmarkt. Dort waren wir hautnah konfrontiert mit einer aufdringlichen Präsenz der „Patenkompanie“ unserer Stadt.

Einerseits bin ich entsetzt über die Teilnahme der Bundeswehr an Kriegen, was ja doch aber schließlich die landläufige Aufgabe einer Armee ist. Deutschland hat sich hier an die weltweite Praxis nur wieder angepasst. Es kann für mich nur daraus folgen, dass die Armee ganz abgeschafft werden muss: Ich bin für die zivile Konfliktbearbeitung, das wäre die Alternative, für die in Deutschland ausgebildet werden könnte. Ich spreche mich nicht gegen die Soldaten als Menschen aus, sondern gegen den bewaffneten Einsatz ihres Lebens für ebenfalls anzuzweifelnde Machtinteressen.

Eine weitere hautnahe Erfahrung: Vor einiger Zeit hat für über zwei Jahre ein junger Mann bei uns gelebt, der sich als Zeitsoldat verpflichtet hatte, weil er mit seiner schulischen Laufbahn und seinem sozialen Hintergrund keine andere Chance für sich sah. Wir kennen also auch diese Seite, den Alltag eines Soldaten, der diesen Mann begeistert hat und ihn zumindest eine ganze Weile lang stabilisierte. Seine persön-

lichen Probleme wurden zwar teilweise gelöst, die Frage nach Erwerbsarbeit nach den Dienstjahren allerdings ist nur verschoben. Aus seinem neugierigen Unbehagen, vielleicht doch nach Afghanistan geschickt zu werden, ist wegen körperlicher Erkrankungen (!) schließlich Erleichterung geworden.

Auch junge Männer, die verweigert und Zivildienst gemacht haben, denken nun mit zeitlichem Abstand darüber nach, was die Bundeswehreinsätze im Ausland zu bedeuten haben. Meine Söhne haben sich von diesem Thema betreffen lassen und sind beeindruckt, welche wertvollen Rückmeldungen wir mit unserer Aktion hier in Gammertingen bekommen.

Mit anderen Unterstützerinnen und Unterstützern der Aktion tauschen wir uns in kurzen Abständen und mit kurzen Drähten intensiv aus. Wir bemühen uns, Reaktionen zu verstehen und, allerdings nicht nur aus ihnen, die nächsten Handlungsschritte zu entwickeln. Der Leitgedanke ist die Gewaltfreiheit im Sinne von Gandhi. Vielfältiges gemeinsames Lernen und Kommunizieren ist gefragt, was viel Zeit und Kraft benötigt. Weil Michael da an seine Grenzen kommt, würde er diese Arbeit am liebsten hauptamtlich bezahlt machen! Immer wieder bemerken wir, dass viele Menschen bereits von seiner Tätigkeit als Hauptamtlicher ausgehen und den Zeitaufwand für das Engagement hoch einschätzen. Trotzdem ist er außerhalb des *Lebenshauses* erwerbstätig und deshalb auch nicht ständig erreichbar und hat ein begrenztes Zeitbudget. An dieser Frage weiterzuarbeiten, hat die Mitgliederversammlung ja auch gewünscht. Wir werden deshalb im Herbst dazu eine weitere Zusammenkunft haben, um Ideen zur Umsetzung zu sammeln.

Auch Fachkompetenz, wie die blitzschnelle, unkomplizierte und kompetente Unterstützung durch unseren Webmaster Achim Rosenhagen, seit kurzem Dipl. Media System Designer, ist ganz unverzichtbar geworden. Auch seine Arbeitszeit für das *Lebenshaus* ist ohne Bezahlung.

Unsere Ressourcen sind unter anderem die modernen Geräte und der dafür nötige Strom, der von den Energiewerken Schönau stammt.

Und nicht zuletzt ist die Supervision bei unserem Vereinsmitglied Dr. Erich Schneider eine hilfreiche Sache, die den Blick für neue Perspektiven eröffnet.

Schließlich aber auch die verschiedenen Zuschriften, Ermutigungen und Spenden von Menschen aus der ganzen Republik, die mit ihren nachdenklichen und manches Mal auch humorvollen Beiträgen ihre Gedanken in Worte fassen, die uns oftmals aus dem Herzen sprechen.

Dafür vielen herzlichen Dank!

„Ein Jahr Aktionsbündnis Freier Heuberg - Wir setzen Zeichen"

Das *Aktionsbündnis „Freier Heuberg"* lädt für den 19. September 2010 ab 12.00 Uhr auf das Landgut Untere Mühle in Straßberg (Zollernalbkreis) zur Feier seines einjährigen Bestehens ein.

Das *Aktionsbündnis „Freier Heuberg"* wendet sich gegen den Neubau eines Sprengplatzes im Spitalwald oberhalb von Albstadt und Straßberg auf der Schwäbischen Alb, der Europas modernster Sprengplatz werden soll. Es wendet sich auch gegen eine Ausweitung des Übungsbetriebes für die Kampfmittelbeseitigung in Afghanistan! Und weil das Gelände auf dem Truppenübungsplatz Heuberg liegt, nennt es sich *Aktionsbündnis „Freier Heuberg"*. Bei der Feier am 19. September sind u.a. Künstler der Region dabei. Im Hauptprogramm ab 14 Uhr wird u.a. Andreas Zumach (Genf) zu „Rüstungsindustrie und Arbeitsplätze" referieren. *Lebenshaus Schwäbische Alb* ist mit einem Informationsstand vertreten und wird Unterschriften zum „Offenen Brief wegen Unterstützung des Afghanistan-Krieges" sammeln. Vollständiges Programm: www.lebenshaus-alb.de (bei Veranstaltungen).

Terminübersicht

18. Sept. 2010 – Berlin: „Atomkraft: Schluss jetzt!" Unter diesem Motto ruft ein breites Bündnis aus Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Parteien und Gewerkschaften zu einer Großdemonstration mit Umzingelung des Regierungsviertels auf (http://www.anti-atom-demo.de).

19. Sept. 2010 – ab 12.00 Uhr Landgut Untere Mühle in Straßberg (Zollernalbkreis): „Ein Jahr Aktionsbündnis Freier Heuberg - Wir setzen Zeichen". Politischer Künstlermarkt mit Künstlern der Region, Andreas Zumach zu „Rüstungsindustrie und Arbeitsplätze" und Infoständen, u.a. von *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

6. Okt. 2010 – Stuttgart: „Keine Laufzeitverlängerungen - Energiewende sofort! Atomkraftwerke abschalten!" Umzingelung des Landtags (www.endlich-abschalten.de)

5. Nov. 2010 – 20.00 Uhr Evang. Gemeindehaus Gammertingen. Vortragsveranstaltung mit Andreas Zumach aus Genf (Journalist, Träger des Göttinger Friedenspreis 2009): Was wollen wir in Afghanistan - Greift die Bundeswehr auch im Innern an? (Arbeitstitel). Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.*

7. bis 17. November 2010 – bundesweite Ökumenische FriedensDekade – Motto: „ES IST KRIEG. Entrüstet euch!" (Schirmherrin: Dr. Margot Käßmann). www.friedensdekade.de

14. Nov. 2010 – 17.00 Uhr an der Gedenkstätte in Gammertingen-Mariaberg: „Mahnwache für die Opfer von Gewalt und Euthanasie". Veranstalter: *Mariaberg e.V. + Lebenshaus Schwäbische Alb*.

Aktion „Offener Brief“ wegen Unterstützung des Afghanistan-Krieges und Reaktionen

Von Michael Schmid

In unserem Rundbrief Nr. 65 vom Juni 2010 haben wir über eine „Patenschaft“ der Stadt Gammertingen mit einer Bundeswehreinheit berichtet. Angekündigt haben wir damals, dass wir mit einem „Offenen Brief“ an Bürgermeister Jerg wegen Unterstützung des Afghanistan-Krieges protestieren und dazu Unterschriften sammeln wollen.

Gehofft hatten wir natürlich, dass wir ein deutliches Zeichen gegen diese Art der innergesellschaftlichen Militarisierung und Unterstützung eines Kriegseinsatzes setzen können. Ein Zeichen, das die Verantwortlichen der Gammertinger Stadtpolitik nicht einfach ignorieren können.

Doch mit einer derartigen Resonanz hatten wir nicht gerechnet. Denn in der ansonsten recht beschaulichen Kleinstadt Gammertingen auf der Schwäbischen Alb gibt es nun einige Unruhe.

Im folgenden Artikel werden einige Reaktionen dargestellt. In einem weiteren Artikel wird auf die Gründe eingegangen, die gegen eine „Bundeswehrpatenschaft“ sprechen. Eingestreut finden sich ein paar wenige aus einer großen Zahl an Zuschriften, die uns erreichten. Eine größere Auswahl von Schreiben ist in unserer Internetseite veröffentlicht.

Wie reagiert Bürgermeister Jerg auf die Kritik an der „Patenschaft“?

Kaum hatten wir den Bürgermeister über unsere Aktion informiert und ihm ein Gespräch angeboten, da wehte uns auch schon ein scharfer Wind entgegen. Am 23. Juni 2010 titelte die Schwäbische Zeitung in ihrer Lokalausgabe: „*Verein wirft Stadt Kriegstreiberei vor*“. Diese Schlagzeile geht auf Bürgermeister Jerg zurück, der in der Gemeinderatssitzung am 15. Juni 2010 darstellte, der „*'Friedensverein' würde der Stadt Kriegstreiberei und die Förderung des Militarismus vorwerfen*“. Wir haben keine derartige Aussage gemacht.

Hier bereits zeichnete sich ab, dass es Herrn Jerg nicht um eine sachliche inhaltliche Auseinandersetzung mit unserem Anliegen geht, sondern um Stimmungsmache gegen *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* und unsere Aktion.

In der nächsten Amtsblatt-Ausgabe informierte er in einer Stellungnahme, dass sich der Gemeinderat der Stadt Gammertingen in seiner jüngsten öffentlichen Sitzung mit „*diesen aktuellen zum Teil diffamierenden und ungeheuerlichen Vorwürfen des Vereins befasst*“ und einstimmig beschlossen habe, „*die positiv begonnene Patenschaft mit den Soldatinnen und Soldaten der 4. Kompanie des Führungsunterstützungsbataillons 291 unverändert fortzuführen.*“

Gleichzeitig teilte Bürgermeister Jerg mit, dass es dem Verein *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* in Zukunft nicht mehr möglich sein werde, auf seine friedenspolitischen Aktivitäten „*innerhalb der redaktionellen Veröffentlichungen der Vereinsnachrichten im kommunalen Amtsblatt*“ hinzuweisen. Diese Zensurmaßnahme hat zur Folge, dass wir im „Amtsblatt“ nur noch durch kostenpflichtige Anzeigen oder ebenfalls zu bezahlende Beilagen auf unsere Friedensarbeit hinweisen dürfen.

In verschiedenen Schreiben bestreitet Bürgermeister Jerg heftig, dass es irgendeinen Zusammenhang zwischen der „Bundeswehrpatenschaft“ und Auslands- und Kriegseinsätzen der Bundeswehr überhaupt gibt. In einem Schreiben mit Betreff „Diffamierungskampagne gegen die Stadt Gammertingen“ schreibt er am 24. Juni 2010 an *Lebenshaus Schwäbische Alb* unter anderem: „In unserer Patenschaft einen direkten oder gar indirekten Unterstützungsakt für kriegerische Handlungen zu sehen, ist mehr als irreal. Mit Ihrer Aktion dienen Sie in keinster Weise Ihren durchaus nachvollziehbaren Friedensaktivitäten, sondern Sie diffamieren willentlich alle anderen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gammertingen.“

Doch ist es ja nicht unsere Erfindung, dass beispielsweise im Mai der „Verabschiedungsappell“ in Sigmaringen mit Beteiligung von Bürgermeister Jerg stattgefunden hat, bei dem Soldatinnen und Soldaten aus der „Patenschaftskompanie“ der Stadt Gammertingen in den Kriegseinsatz nach Afghanistan verabschiedet wurden. Darüber wurde anschließend ausführlich im „Amtsblatt der Stadt Gammertingen“ berichtet und betont, wie wichtig für die Bundeswehr die breite Unterstützung und Anerkennung ihrer Auslandseinsätze durch die Stadt Gammertingen sei.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, warum der Bürgermeister seinen eigenen Beitrag zur Unterstützung der Bundeswehr bei deren Afghanistan-Einsatz so vehement bestreitet und stattdessen denjenigen „Diffamierung“ vorwirft, die solche Zusammenhänge aufgreifen und problematisieren.

Kriminalisierungsversuch

Ganz großen Wirbel hat ein Anfang August als „Bekanntmachung an alle Bürger“ aufgemachter Brief ausgelöst. In dem Brief wird unter anderem gesagt, dass in den letzten Tagen angeblich viele der in Afghanistan eingesetzten Soldaten aus der „Patenkompanie“ ums Leben gekommen seien. Dem Schreiben zufolge sollen sich Gammertinger Bürger im Rathaus der Stadt zur Musterung einfinden, um diese Einheit personell zu unterstützen: „*Die 11 Tauglichsten der Gemusterten werden unverzüglich zu einer Schnellausbildung in die Sigmaringer Kaserne einberufen und Anfang des Jahres 2011 nach Afghanistan aufbrechen.*“ Der Brief endet mit der Androhung „polizeilicher Maßnahmen“, sofern man „*dieser Anordnung innerhalb von 14 Tagen nicht unaufgefordert nachkommt.*“

Nachdem uns der Text inzwischen vorliegt, können wir nur sagen, es wird für die allermeisten Leserinnen und Leser ohne Weiteres erkennbar gewesen sein, dass es sich um kein amtliches Schreiben handeln kann, sondern um eine provokative, politische Aktion. Eine Aktion, die einzelne an Till Eulenspiegel erinnerte oder an den Hauptmann von Köpenick. Vielen Menschen war jedenfalls sofort klar war, dass es sich dabei um eine Satire handelt.

Nicht so allerdings bei Bürgermeister Jerg, der erneut sehr heftig reagiert und nun uns hinter dieser Aktion vermutet. In einer öffentlichen Erklärung schreibt er, die Aktion mit dem „*gefälschten Rathaus-Brief*" sei „*an Geschmacklosigkeit und krimineller Absicht nicht zu übertreffen*"! Er erstattete Strafanzeige und bietet 500 Euro Belohnung aus dem Stadtsäckel für „*sachdienliche Hinweise zu den Urhebern und den in der Nacht zum Donnerstag tätigen Austrägern dieser Schreiben*".

Und indem der Gammertinger Bürgermeister solcherart zunächst die Öffentlichkeit auf den besonders „kriminellen" Charakter dieser Aktion einstimmt, stellt er dann in diesen Zusammenhang den von *Lebenshaus Schwäbische Alb* initiierten Protest gegen die „Bundeswehrpatenschaft" und der damit verbundenen Unterstützung des Afghanistan-Krieges.

Zahlreiche Medien Baden-Württembergs haben über diesen Vorgang berichtet. Und in diesen Medienberichten finden sich entsprechend der Vorlage von Bürgermeister Jerg verschiedene Formulierungen, mit denen die Aktivitäten unseres Vereins in die Nähe krimineller Handlungen gerückt werden. Deshalb hat der Vorstand von *Lebenshaus Schwäbische Alb* am 9. August 2010 eine Pressemitteilung herausgegeben, in der solchen und ähnlichen Vermutungen klar und deutlich widersprochen wird.

Doch selbst das hat Bürgermeister Jerg nicht davon abgehalten, noch zwei Wochen später seine Erklärung im „Amtsblatt der Stadt Gammertingen vom 19.08.2010" zu veröffentlichen. Immerhin hat er dabei das fingierte Schreiben seinerseits einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Von einer möglichen Satire will er nichts wissen. Vielleicht, weil er die Chance wittert, unseren Protest zu erledigen, indem wir als „Kriminelle" überführt werden. Doch darauf wird er vergeblich hoffen, denn wir wurden selber von dieser Aktion überrascht. Wer auch immer diesen fingierten „Rathaus-Brief" verfasst und verteilt hat: Wir wissen nicht, wer es war. Eine solche Aktion, bei dem die Akteure anonym bleiben, entspricht zudem nicht unserem Grundverständnis von Gewaltfreiheit, zu dem unter anderem gehört, dass wir offen zu unseren Handlungen stehen und bereit sind, etwaige Konsequenzen zu tragen.

Statt einer sachlichen Auseinandersetzung wird unser Anliegen ins Lächerliche gezogen – und geschwiegen

Zum Kriminalisierungsversuch kommen Versuche, unser Anliegen durch Überspitzungen und Verdrehungen absurd erscheinen zu lassen und ins Lächerliche zu ziehen. Indem der Bürgermeister dabei immer wieder die Öffentlichkeit sucht, hat er allerdings unserer Aktion zu einem enormen öffentlichen Interesse mit verholfen. Dagegen scheint er an einem Gespräch mit uns kein Interesse zu haben. Hatte er in einem Schreiben vom 20. Juni 2010 noch laut über ein Gespräch mit uns nachgedacht, so haben wir auf unsere mehrmaligen Bitten um zeitnahe Terminvorschläge auch zwei Monate später nichts mehr von ihm gehört.

Gerne hätten wir in einem Gespräch von Herrn Jerg erfahren, welche spezifischen Gründe der Stadtverwaltung für die „Patenschaft" sprechen, denn diese liegen für uns bisher im Dunkeln. Deshalb müssen wir uns an die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage halten und angesichts dieser ist unser Protest sehr angebracht. Denn dort heißt es: „*Patenschaften von Einheiten und Verbänden der Bundeswehr mit Städten und Gemeinden sollen das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die Bundeswehr als Instrument einer wehrhaften Demokratie zur Friedenssicherung fördern.*" (Antwort der Bundesregierung, BT- Drucksache 17/2688 vom 31. Juli 2010) Somit sind „Patenschaften" ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit für Kriegseinsätze wie in Afghanistan.

Erfreulich große Unterstützung

Es gab und gibt aber auch eine sehr große Unterstützung bei unserer Aktion. So haben inzwischen 410 Menschen und Organisationen aus der ganzen Bundesrepublik unterzeichnet (Stand vom 25.08.2010).

Fortsetzung nächste Seite

Auch prominente Unterstützung

Unterzeichnet haben den „Offenen Brief" Ärzte und Pfarrer, Lehrer und Künstler, Professoren und Studenten, Gewerkschafter, Erzieher, Anwälte, Abgeordnete des Bundestags, Friedensaktivisten, Friedensorganisationen und viele weitere mehr. Darunter finden sich bekanntere Persönlichkeiten wie z.B. der Liedermacher Konstantin Wecker, der schwäbische Liedermacher Thomas Felder, der Reutlinger Schriftsteller Hellmut G. Haasis und Christian Führer, der als früherer Pfarrer der Nikolaikirche in Leipzig einer der Hauptakteure und Repräsentant des gewaltfreien Verlaufs und der friedlichen Revolution in der DDR war; unterzeichnet haben ebenfalls die Politikwissenschaftler Prof. Dr. Andreas Buro, Prof. Dr. Theodor Ebert, Prof. Dr. Ekkehart Krippendorff und Prof. Dr. Wolfgang Popp sowie Bundestagsabgeordnete wie Heike Hänsel und Kathrin Vogler und der frühere Europaabgeordnete Tobias Pflüger; es finden sich die Unterschriften von Helga und Konrad Tempel, die 1960 gemeinsam mit Freunden zum ersten Ostermarsch in Deutschland aufgerufen haben, von Pfarrer i.R. Werner Dierlamm, Initiator von „Ohne Rüstung Leben", von Jürgen Grässlin, „Deutschlands wohl prominentestem Rüstungsgegner" (Der Spiegel) und den langjährigen Friedensaktivisten Sonnhild und Ulli Thiel, „Erfinder" des Slogans „Frieden schaffen ohne Waffen" und der legendären Menschenkette 1983 von Stuttgart nach Neu-Ulm.

Die „Patenschaft“ der Stadt Gammertingen ist zwar zunächst eine sehr lokale Angelegenheit, zumal es sich um eine einzige von über 700 handelt. Gerne wären wir in der Lage, viele Unterschriften von Menschen aus Gammertingen zu bekommen. Doch unsere Annahme, dass dies nicht gelingen wird, hat sich bisher leider bewahrheitet. Denn wir leben ja in keiner Großstadt, sondern Gammertingen hat 6.700 Einwohnerinnen und Einwohner. Dazu kommt die überwiegend stark konservative Prägung und eine in unserer Region gut verankerte Bundeswehr – nicht zuletzt wegen ihrer Wirkung als wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum. Und es herrscht ein Klima der Angst, der Verunsicherung und der Gleichgültigkeit. So haben selbst verschiedene Menschen aus unserem engsten Umfeld nicht unterschrieben. Als Bürgermeister würde mir diese Beobachtung übrigens zu denken geben…

Jedenfalls war für uns von Anfang an klar, dass wir auf Unterstützung auch von außerhalb angewiesen sind, weil unser Protest nicht gerade erfreuliche Reaktionen hervorrufen würde.

Und deshalb freuen wir uns sehr über die große positive Resonanz!

Wir haben in unserer Aktion von Beginn an ebenso eine exemplarische Aktion gesehen, bei der uns wichtig ist, diese „Patenschaften“ überhaupt zu problematisieren und Informationen darüber weiterzuverbreiten. Und so hoffen wir, dazu beitragen zu können, dass sich auch andernorts Protest rühren wird.

Einen reichhaltigen Schatz der Ermutigung und Anregung zum Weiterdenken bilden die zahlreichen persönlichen Zuschriften unserer Unterstützerinnen und Unterstützer, die wir teilweise auf unserer Internetseite veröffentlicht haben.

Herzlichen Dank allen, die unsere Aktion bereits bisher in irgendeiner Form unterstützt haben!

Gustav Heinemann: Unruhe ist die erste Bürgerpflicht! - Bitte um Unterstützung unserer Aktion

Unruhe ist die erste Bürgerpflicht! Entsprechend diesem Motto von Gustav Heinemann hoffen wir, dass zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in Sachen „Bundeswehrpatenschaft“ und Kriegsunterstützung unruhig bleiben oder überhaupt erst werden. Was unsere Aktion in Gammertingen anbelangt, geht

Thomas Felder: Bürgermeister für den Frieden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Jerg,

mit großer Befremdung erhielt ich Kenntnis von der Gammertinger „Bundeswehrpatenschaft“. Die Bundeswehr hat sich mit Auslandseinsätzen von ihrem grundgesetzlichen und ausschließlichen Auftrag der Landesverteidigung verabschiedet und führt Krieg. Spitzfindige Formulierungen wie „Verteidigung der Demokratie am Hindukusch“ täuschen nicht über die Tatsache hinweg, dass Kriege um niedrige Wirtschaftsinteressen wieder salonfähig sind und junge Menschen als Kanonenfutter dafür verheizt werden. Propagandaveranstaltungen wie das jüngste Stuttgarter Gelöbnis sollen dem blutigen Geschäft zu gesellschaftlichem Ansehen verhelfen, das Gegenteil ist der Fall. Unter Einsatz tausender Feldjäger- und Polizeikräfte wird ein handverlesener Personenkreis vor der großen Öffentlichkeit „geschützt“ und isoliert, denn man weiß ja hinter jedem Demonstranten hunderte Sympathisanten.

Die große Mehrheit unseres Volks lehnt den Krieg ab. Mit Ihrer „Bundeswehrpatenschaft“ stehen Sie auf einsamem, anachronistischem Terrain und ziehen einen Landstrich der Schwäbischen Alb in sehr fragwürdiges Licht - besser gesagt: in den finsteren Schatten! Dabei gibt es in Gammertingen einen international renommierten Verein, das „*Lebenshaus*“, in dem seit vielen Jahren eine leuchtend-beispielhafte Friedensarbeit geleistet wird nach dem Vorbild Ihrer weltweit vernetzten Kollegenschaft der „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden).

Die Organisation Mayors for Peace wurde 1982 vom Bürgermeister von Hiroshima, Dr. Tadatoshi Akiba gegründet. Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass BürgermeisterInnen für die Sicherheit und das Leben ihrer BürgerInnen verantwortlich sind, mischen sich diese Ihre KollegInnen aktiv in die Politik ein um Kriege zu verhindern oder zu beenden. Sie, sehr geehrter Herr Jerg, machen im Moment gerade das Gegenteil. Mir ist zu Ohren gekommen, dass Sie dem „*Lebenshaus*“ verweigert haben, seine Veranstaltungen in den Vereinsnachrichten des Gammertinger Amtsblattes abzudrucken. Abgesehen von der Rechtswidrigkeit solcher Vorgehensweise fügen Sie dem Ansehen Ihrer Gemeinde damit weiteren Schaden zu.

Bitte nutzen Sie Ihre guten Beziehungen zur Bundeswehr und wandeln Sie die Patenschaft in einen Aufruf zum Rückzug deutscher Waffen aus Afghanistan. Sorgen Sie dafür, dass die jungen Leute in gewaltfreier Friedensarbeit vor Ort beschäftigt werden - zusammen mit jungen Talibansöldnern, die nichts sehnlicher wünschen als ein paar Euro im Monat für einen geordneten Wiederaufbau ihrer zerstörten Heimat. Mit Michael Schmid hätten Sie einen erfahrenen, kompetenten und anerkannten Partner an Ihrer einen Seite vor Ort. Auf der anderen Seite Ihre „Patenkinder“ bei der Bundeswehr im Ausland.

Nehmen Sie den angebotenen Dialog an und machen Sie Gammertingen zu einem Zündfunken der Friedensbewegung.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Felder, Reutlingen
www.thomas-felder.de

(05.08.2010)

es jetzt darum, die Angelegenheit nicht zur Ruhe kommen zu lassen und mit gewaltfreien Mitteln den Druck auf den politischen Gegner zu erhöhen. Deshalb laden wir dazu ein, im Rahmen Ihrer/Eurer Möglichkeiten unser Anliegen weiter zu unterstützen.

Für die Unterstützung unserer demokratischen und gewaltfreien Protestkampagne gibt es z.B. folgende Möglichkeiten:

1. Wir sammeln weiter Unterschriften unter unseren „Offenen Brief" an den Gammertinger Bürgermeister. Deshalb bitten wir das beigefügte Blatt zu berücksichtigen. Außer der eigenen Unterschrift kann auch im eigenen Umfeld auf diese Aktion hingewiesen werden (mehr dazu findet sich im Internet unter: www.lebenshaus-alb.de).
2. Eine Reihe unserer Unterstützerinnen und Unterstützer haben sich bereits in persönlichen Schreiben an Bürgermeister Jerg gewandt. Um ihm deutlich zu machen, dass es in dieser Sache keine Ruhe geben wird, könnten weitere Briefe und E-Mails sinnvoll sein (Anschrift: Hohenzollernstr. 5, 72501 Gammertingen, E-Mail: buergermeister@gammertingen.de). Sollte sich jemand direkt an den Bürgermeister wenden, so freuen wir uns, wenn uns das Schreiben zur Kenntnis gebracht wird. Ebenso bitten wir um Nachricht, falls Herr Jerg antworten sollte. Wir haben damit begonnen, eine Auswahl solcher Schreiben in unserer Internetseite zu veröffentlichen. Wichtige und wertvolle Dokumente!
3. Wir haben auf unserer Website eine Seite eingerichtet, in der wir eine Auswahl an Grußworten bzw. persönlichen Statements zu unserer Aktion veröffentlichen. Dies ist ebenfalls eine Möglichkeit zu zeigen, dass hinter der bloßen Zahl an Unterzeichnenden unseres „Offenen Briefes" auch konkrete Menschen mit einem Namen und einer eigenen Haltung stehen. Deshalb laden wir Sie / Euch / Dich also dazu ein, uns mit einer Botschaft zu unterstützen und diese bitte an uns zu senden (wenn möglich, per E-Mail).
4. Unterstützt werden kann unsere Aktion und Arbeit ebenfalls mit einer Spende. Wenn wir z.B. die Bürgerinnen und Bürger mit einer Beilage über die Amtsblätter unserer Umgebung informieren - wir haben dies mit dem „Offenen Brief" gemacht und wollen dies mit weiteren Informationsblättern fortsetzen - so kostet uns das jedes Mal ca. 400 Euro. Unser Verein ist bei der Finanzierung seiner Arbeit und seiner Aktionen vollständig von Mitgliedsbeiträgen und Spenden abhängig. Während die Stadtverwaltung Gammertingen jetzt schnell bereit ist, 500 Euro für eine Belohnung anzubieten, haben wir in unserer 17jährigen Vereinsgeschichte noch nie einen Cent von ihr erhalten. Diese Unabhängigkeit macht uns allerdings frei, jetzt deutlich unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Ernst-Ludwig Iskenius: Richtige Initiative gestartet

Lieber Michael, liebe Leute vom *Lebenshaus*,

Eure Aktion, den offenen Brief an den Bürgermeister Jerg zur Bundeswehrpatenschaft, habe ich mit vollem Herzen unterstützt. Dass gerade in letzter Zeit die Bundeswehr verstärkt um Zustimmung, Ansehen und Anerkennung in der deutschen Gesellschaft wirbt und mit viel Geld und Aufwand dafür wirbt, hängt mit der schwindenden Legitimation von ihr zusammen. Dieser Legitimationsschwund hat wiederum seine Ursache in den Auslandseinsätzen, vor allem in Afghanistan. Von daher gibt es, auch wenn Euer Bürgermeister es bestreitet, einen inneren Zusammenhang zwischen solchen Patenschaften und dem Afghanistan-Einsatz.

Der nie erklärte Krieg in Afghanistan fällt mittlerweile auf unsere Gesellschaft zurück: Zum einen sind es die vielen jungen traumatisierten Soldaten, deren Seelen durch diesen Einsatz verwüstet worden sind und die erlebte Gewalt in ihre Umgebung wieder zurückbringen. Sie selbst erleben dadurch Isolation und Ausgrenzung, ihre Familien manchmal eine „Hölle", ihre Freunde eine Entfremdung. Dass bisher dieses Problem gesellschaftlich nicht diskutiert wurde, hängt mit der Tatsache zusammen, dass die Bundeswehr selbst dieses Problem verdrängt, vermieden hat, nicht sehen wollte. Es ist unübersehbar geworden. Ihre Reaktion: vermehrte Werbung in die Gesellschaft rein und Glorifizierung ihres eigenen Tuns.

Als Arzt und Therapeut in diesem Bereich arbeitend kann ich nur feststellen, dass das die falsche Medizin ist und deshalb freue ich mich, dass Ihr die richtige Initiative gestartet habt. Dass Ihr dabei heftige Reaktionen zu erwarten habt, ist klar, umso wichtiger sehe ich meine Aufgabe, Euch dabei den Rücken zu stärken. Solche militaristischen Repräsentationen vor Ort von einer Armee, die sich in einem nie erklärten Krieg befindet, kann nur zum Ziel haben, ihren desaströsen Einsatz, der letztlich scheitern wird, zu beschönigen und um Akzeptanz zu werben. Wehret den Anfängen, deshalb bedanke ich mich ausdrücklich, Euch in dieses gesellschaftliche Munitionsfeld mutig gestürzt zu haben. Ihr solltet wissen, Ihr seid dabei nicht allein.

Herzliche Grüße auf die Schwäbische Alb

Euer Ernst-Ludwig Iskenius

Arzt, ärztlicher Leiter der Kontaktstelle für traumatisierte Flüchtlinge, Refugio VS

Fragen und Antworten zum Protest gegen „Patenschaft“ mit Bundeswehreinheit

Von Michael Schmid

Ist es nicht übertrieben, von einer Militarisierung unserer Gesellschaft zu reden?

Unsere Welt steht vor riesigen Problemen: Klima, Armut, Ernährungsunsicherheit, Energiewende, Wasserversorgung, Bändigung des Wildwuchses des Finanzkapitalismus und Veränderung der ökonomischen Systeme, da ein ewiges Wachstum nicht möglich sein wird. Durch Krieg können diese Probleme nicht gelöst werden. Die Konsequenz lautet: Statt Aufrüstung und Krieg brauchen wir Kooperation und Friedenspolitik. Doch die politischen Eliten haben dies zum großen Teil noch nicht begriffen. Sie setzen nach wie vor auf die militärische Schiene.

Die Bundeswehr kämpft seit 2001 in Afghanistan. Angeblich, um die Sicherheit und Freiheit Deutschlands am Hindukusch zu verteidigen. Anfangs hieß der Einsatz „Aufbaueinsatz“. Inzwischen wird der Krieg auch Krieg genannt.

Nun geraten aber angesichts des Krieges in Afghanistan sowohl die Bundeswehr wie die sie bestimmende Politik immer stärker in Rechtfertigungsnöte. Denn eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung - etwa zwei Drittel - will diesen Krieg nicht. Dieser allgemeinen Kriegsunwilligkeit versuchen Bundesregierung und Bundeswehr mit Propagandainitiativen im öffentlichen Raum entgegen zu wirken.

Fortsetzung nächste Seite

Christian Neumann: Bundeswehrsoldat ruft Herrn Bürgermeister Holger Jerg zum Dialog auf

Sehr geehrter Herr Jerg,

mein Name ist Christian Neumann. Ich bin im elften Jahr Soldat der Bundeswehr mit der Erfahrung aus zwei Auslandseinsätzen. Als ich 1999 zur Bundeswehr ging, trug ich die Uniform mit Freude bei meinen Erledigungen in der Stadt. Die Begegnungen in Uniform mit den Menschen der Gemeinde im Alltag, bei Spendensammlungen für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und anlässlich von Gedenkveranstaltungen brachte mich oft mit aufgeweckten Gesprächspartnern zusammen. Heute fällt es mir aus erklärbaren Gründen leider nicht mehr so leicht, mit Uniform in die Öffentlichkeit zu gehen. …

Allmählich, spätestens nach den sieben ermordeten deutschen Soldaten im April 2010, brechen große Teile der Bürgerinnen und Bürger, die bisher nicht mit uns Soldaten gesprochen haben, ihr Schweigen und rufen laut heraus:

„Wir wollen nicht, dass unsere Bundeswehr mit ihrem klaren Verteidigungsauftrag an Interventionskriegen der NATO mitwirkt!

Wir fordern in eindeutiger Mehrheit den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan! Ihr verantwortlichen Politiker, hört des Volkes Wille und holt unsere Soldatinnen und Soldaten zurück nach Hause!…“

Jetzt sind Sie, Herr Jerg, konkret im Sog dieser Rufe. Ich kann Sie nur bitten, hören Sie genau hin! Und öffnen Sie Ihre Tür für diesen legitimen Protest, solange er noch friedlich bleibt.

Noch darf die Bundeswehr im Inneren mit ihren spezifischen Waffen, außer bei schweren Unglücksfällen, nicht gegen die Bevölkerung eingesetzt werden. Doch das Bundesverfassungsgericht befasst sich aktuell (August 2010) mit dieser Frage. Ich will gar nicht darüber nachdenken, was geschehen könnte, wenn sich der Zweite Senat gegenüber der Position des ersten Senates in Karlsruhe durchsetzen wird.

Es gibt einige hundert Offiziere und Unteroffiziere in der Bundeswehr, die seit Jahren berechtigte Bedenken äußern. Die Angehörigen der Bundeswehr sind auch Menschen Ihrer Gemeinde, die protestieren. Der gesellschaftliche Querschnitt spiegelt sich im Personal der Bundeswehr wieder. Das sind keine anderen Menschen und schon gar keine, die vom Krieg überzeugter sind als andere.

Bitte trennen Sie Ihr berechtigtes Interesse, die Bundeswehr aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten an Ihrem Standort zu halten, von dem Protest, der sich gegen Militarisierung als solches und die Beteiligung am Krieg, den die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht wollen, richtet! Protestierende suchen nach Optionen, sich Gehör zu verschaffen. Die Patenschaften eignen sich dazu scheinbar.

Im Zweifel dürfen Sie gerne mein Schreiben an die militärische Führung weiterleiten und sich über diese „abnormale“ Position eines angehenden Offiziers der Bundeswehr beschweren. Ich scheue keinen Dialog.

Ich genehmige Herrn Schmid vom *Lebenshaus Schwäbische Alb* ausdrücklich, diese Nachricht auf seiner Webseite im Rahmen der demokratisch, friedlichen Protestkampagne zu veröffentlichen.

Mit nachdenklichen Grüßen

Christian Neumann
Bautechniker und Oberfähnrich
www.darmstaedter-signal.de

(05.08.2010)



Suchbild: Wer erkennt Michael Schmid auf diesem Foto? Auflösung auf Seite 13.

Mit Militär- und Waffenschauen, stimmungsvollen öffentlichen Gelöbnissen, Zapfenstreichen und Verabschiedungsappellen in den Kriegseinsatz soll Akzeptanz geschaffen werden. Weil die Bundeswehr nicht mehr genug Berufs- und längerdienende Soldaten rekrutieren kann, sucht sie diese Lücken mit Werbeoffensiven zu füllen. Werbeauftritte der Bundeswehr auf Festen, bei Messen, in Schulen, Betrieben und Arbeitsagenturen sind an der Tagesordnung und werden durch offizielle Kooperationsabkommen institutionalisiert. Auch „Patenschaften" zwischen rund 700 Gemeinden, Städten und unserem Landkreis Sigmaringen mit Bundeswehreinheiten eignen sich gut für Militärpropaganda im kommunalen Bereich.

Der „Kampf um die Herzen und Köpfe" an der Heimatfront kann sich kriegsentscheidend auswirken - dieser Kampf ging während des Vietnam-Kriegs innerhalb der USA verloren und somit auch der Krieg. Der Vietnam-Krieg zeigt, dass Staaten einen internen Feind haben: Wenn die Bevölkerung gegen die staatliche Politik ist, muss sie unter Kontrolle gebracht werden. Demokratische Gesellschaften stützen sich nicht auf direkte Gewalt, sondern auf Propaganda. „Die Bundeswehr greift in Deutschland an" (Titel einer Broschüre des Komitee für Grundrechte und Demokratie) - dies bringt gut auf den Begriff, was derzeit in unserem Land in dieser Hinsicht geschieht und was zu einer Militarisierung unserer Gesellschaft beiträgt. Militär soll zum Alltag gehören, zum Normalen werden. Das Normale ruft kaum Widerstand hervor.

Was spricht denn gegen eine „Patenschaft" der Stadt Gammertingen mit einer Bundeswehreinheit?

Die konkrete Ausgestaltung der „Patenschaft" hat sich bisher z.B. so dargestellt, dass die Soldaten der „Patenschaftskompanie" bei den Vor- und Nachbereitungen zum City-Fest ebenso mitgewirkt haben wie als Beteiligte beim Fest. Auch am Volkstrauertag, bei Stadtlauf, Weihnachtsmarkt und einer Landschaftspflegeaktion des Schwäbischen Albvereins waren die Soldaten beteiligt. Die „Patenschaft" wird ebenfalls genutzt, um Kinder bereits früh an die Bundeswehr heranzuführen. So hat sich in jüngster Zeit zum Beispiel die Bundeswehr mit einem Informationsstand am Schulfest der Grund-, Haupt- und Werkrealschule mit Förderschule beteiligt. Und am Ende ihrer Kindergartenzeit besuchten 49 Kinder eine Kaserne, bestaunten dort u.a. „*ein Düsenflugzeug vom Typ Tornado, in dem man sich als Pilot oder Copilot fühlen durfte.*" (Amtsblatt der Stadt Gammertingen vom 19.08.2010). Und es nimmt sogar so „seltsame Blüten" an, dass nicht nur aktive Soldaten, sondern selbst Kinder unter der Bezeichnung „FüUstgsBtl 291", also der „Patenschaftskompanie" der Stadt Gammertingen, am 24.07.2010 am Stadtlauf teilgenommen haben!

Vieles wirkt auf den ersten Blick noch recht harmlos und wird von den Verantwortlichen entsprechend dargestellt. Hier tritt der Soldat also als der hilfsbereite nette junge Mann in Erscheinung und entspricht der Eigenwerbung der Bundeswehr, die den Soldaten nach wie vor als Aufbau- bzw. Katastrophenhelfer, als Staatsbürger oder gar „Weltbürger in Uniform" darstellt und ein kriegsfernes Berufsbild suggeriert.

Doch den eigentlichen Sinn und Zweck von „Bundeswehrpatenschaften" beschreibt die Bundesregierung folgendermaßen: „*Patenschaften von Einheiten und Verbänden der Bundeswehr mit Städten und Gemeinden sollen das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die Bundeswehr als Instrument einer wehrhaften Demokratie zur Friedenssicherung fördern.*" (Antwort der Bundesregierung, BT- Drucksache 17/2688 vom 31. Juli 2010)

Mit einem Begriff wie „Friedenssicherung" werden in der Gegenwart lediglich Auslands- und Kriegseinsätze der Bundeswehr verschleiert. Und so sind die „Patenschaften" ein Instrument, mit dem das Verständnis und die Akzeptanz für eine „Armee im Einsatz" gefördert werden soll. Letztlich ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit für Kriegseinsätze wie in Afghanistan.

Dies ist auch von unserem Stadtoberhaupt so gewollt. Das zeigt seine Teilnahme beim „Verabschiedungsappell" im Mai 2010 in Sigmaringen.

Dort wurden u.a. auch Soldatinnen und Soldaten aus der „Patenschaftskompanie" der Stadt Gammertingen in den Kriegseinsatz nach Afghanistan verabschiedet. Unter anderem wurde diesen von Bürgermeister Jerg eine Ortstafel der Stadt Gammertingen in den Afghanistan-Einsatz mitgegeben. Einem Bericht über diesen „Verabschiedungsappell" im „Amtsblatt der Stadt Gammertingen" ist zu entnehmen, dass die enge Verbundenheit zwischen der Stadt Gammertingen und der Bundeswehr unterstrichen und betont worden sei, wie wichtig für die Bundeswehr die breite Unterstützung und Anerkennung ihrer Auslandseinsätze ist. Die Soldaten seien mit dem Gefühl in den Auslandseinsatz gegangen, „*dass unsere Patengemeinde zu uns und unserem Auftrag steht*", schreibt Haupt- und Kompaniefeldwebel Sven Walter an Bürgermeister Jerg in einem ebenfalls veröffentlichten Schreiben.

Indem hier eine breite Unterstützung und Anerkennung der Einsätze der Bundeswehr suggeriert wird, ist spätestens das Maß des Erträglichen überschritten worden. Denn der Krieg in Afghanistan geschieht nicht in unserem Namen! Bundeswehrsoldaten sind nicht in unserem Namen am Hindukusch!



Noch aktueller als im Rundbrief möglich informieren wir auf unserer Internetseite über unsere Aktion. Zudem finden sich viele Hintergrundinformationen, zahlreiche Links zu unterschiedlichen Aspekten, interessante Zuschriften. Auch grundlegende Informationen zu „Patenschaften" werden wir weiter einstellen. Nicht zuletzt in der Zusammenarbeit mit der Bundestagsabgeordneten Kathrin Vogler und ihrem Büro entdecken wir solche.

http://www.lebenshaus-alb.de

Wir protestieren gegen die Unterstützung dieses Kriegseinsatzes im Namen der Stadt Gammertingen. Und weil mit dem Instrument „Patenschaft" die Akzeptanz für Kriegseinsätze erhöht werden soll, fordern wir, dass der „Pate" wieder Abstand nimmt von diesem zweifelhaften Instrument der Kriegsförderung.

Aber Gammertingen ist doch nicht die einzige Stadt mit einer „Bundeswehrpatenschaft"?

Angestoßen durch unsere Aktion hat die Bundestagsabgeordnete Kathrin Vogler eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Aufgrund der Antwort der Bundesregierung wissen wir, dass es rund 700 solcher „Patenschaften" gibt. So gesehen, mag es den Verantwortlichen der Stadt Gammertingen ungerecht erscheinen, dass nun ausgerechnet sie in den Fokus massiven Protests geraten sind. Doch wurde diese „Patenschaft" neu in einer Phase eingegangen, in der die Akzeptanz für den Afghanistan-Krieg in der Bevölkerung immer mehr schwindet, teilweise sogar in der Bundeswehr selber. Deshalb hat es eine besondere Bedeutung, wenn sich eine Gemeindevertretung genau zu diesem Zeitpunkt für eine „Patenschaft" und die damit verbundene Unterstützung von Kriegseinsätzen entscheidet.

Unsere Aktion mit dem „Offenen Brief" an den Gammertinger Bürgermeister steht zugleich beispielhaft für andere Orte, in denen in ähnlicher Weise versucht wird, die Unterstützung der Bevölkerung für den Krieg in Afghanistan (und anderswo) zu steigern. Wir hoffen, dass unsere Aktion sogar Anregung und Ermutigung für andere unmittelbar Betroffene ist. Jedenfalls machen wir bereits die Erfahrung, dass sich aufgrund unserer Aktion zunehmend Menschen fragen, ob auch ihre Gemeinde eine solche „Patenschaft" eingegangen ist oder dies plant (eine Auflistung bestehender „Patenschaften" befindet sich im Anhang der Antwort der Bundesregierung vom 31.07.2010 auf die kleine Anfrage von Kathrin Vogler).

Deshalb bitten wir alle Menschen um Unterstützung für unseren „Offenen Brief", die gemeinsam mit uns gegen diese Militarisierung unserer Gesellschaft und die Beteiligung an Kriegen protestieren.

Übrigens hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage von Kathrin Vogler u.a. bestätigt, dass diese Patenschaften „jederzeit aufgelöst werden können".

Mit der Forderung nach Aufhebung dieser „Patenschaft" wird doch den Soldaten in den Rücken gefallen und ihnen die Solidarität verweigert?

Wir gehen davon aus, dass kaum einer der Soldaten gerne im Kriegseinsatz ist und bald wieder gesund zuhause sein möchte. Deshalb hoffen und wünschen wir jedem Soldaten und jeder Soldatin, dass er und sie keinen Schaden nehmen wird und wieder gesund nach Hause kommt. Das wird aber immer schwieriger, denn die Zahl getöteter Soldaten nimmt zu und viele kehren als Versehrte und Kriegstraumatisierte zurück in die Heimat, wo sie dann allzu oft die Erfahrung machen müssen, im Stich gelassen zu werden.

Nun handelt es sich bei den Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten im Afghanistan-Einsatz um Zeit- oder Berufssoldaten oder längerdienende Wehrpflichtige. Alle unterschreiben (inzwischen), dass sie mit dieser Verpflichtung Verwendungen im Auslandseinsatz zustimmen. Insofern könnten die Solda-

„Die Bundeswehr greift in Deutschland an"

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat eine neue friedenspolitische Information für Bürgerinnen und Bürger mit dem Titel „Die Bundeswehr greift in Deutschland an" veröffentlicht. Da die Kriegseinsätze auf Ablehnung stoßen, beginnt der Kampf um die „Herzen und Köpfe". Das 40-seitige A-6-Heftchen schildert die verschiedenen Formen und Wege der Einflussnahme der Bundeswehr insbesondere auf Jugendliche und junge Erwachsene - und unsere Gegenargumentation. Bitte diese Broschüre lesen, diskutieren, bestellen, weiterverteilen und handeln!

Zum Inhalt: ...

1. Der Angriff der Bundeswehr auf die Schulen
2. Bundeswehr-Präsenz in Medien und Arbeitsämtern, Internet-Auftritte und Werbe-Events für Jugendliche
3. Die Bundeswehr auf Akzeptanzsuche im öffentlichen Raum
4. Hintergrund: Die aktuellen Militärstrategien
5. Friedenspolitik statt Aufrüstung: Gegenöffentlichkeit schaffen - Aktionsmöglichkeiten

40 Seiten, DIN A 6; 1 Exemplar: 1,- €; 8 Exemplare: 5,- €, 20 Exemplare: 10,- €, 50 Exemplare: 20,- €.
Bestellung bei:
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, Telefon: 0221/97269 -30 - Fax: 0221/97269 -31,E-Mail: info@grundrechtekomitee.de

tinnen und Soldaten wissen, dass sie im Ausland, im Krieg eingesetzt werden können. Ihnen müsste auch der Wandel von einer Verteidigungsarmee zu einer „Armee im Einsatz" bewusst sein.

Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr müssen bereit sein zu töten. Und sie tun dies auch in zunehmendem Maße. Deshalb gehört unsere Solidarität und Trauer zunächst vor allem den zivilen Opfern dieser bewaffneten und zum Töten ausgebildeten Soldaten.

Uns ist aber ebenfalls bewusst, dass sich die Bundeswehr die immer schlechteren Aussichten junger Menschen auf einen Arbeitsplatz zunutze macht, um sich als „Armee im Einsatz" als verheißungsvoller Arbeitgeber zu profilieren. Überproportional viele neue Rekruten und Freiwillige kommen aus strukturschwachen Regionen, besonders aus dem Osten Deutschlands. Mangels anderer Perspektiven sind sie unter Umständen bereit, in Kriegen ihr Leben zu riskieren. Diese Art von „Freiwilligkeit" ist tragisch und es bedarf dringend alternative Arbeitsplätze im zivilen Bereich.

Jedenfalls können aber Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten von uns, die wir diese Kriegseinsätze und deren Vorbereitung grundsätzlich für falsch halten und ablehnen, keine Solidarität für diese Einsätze erwarten.

Davon abgesehen hat jede Soldatin und jeder Soldat das Recht zur Kriegsdienstverweigerung, die auch nachträglich noch immer möglich ist, mit allen Nachteilen für Zeit- und Berufssoldaten. Getreu dem Slogan: „Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin." Soldatinnen und Soldaten die von ihrem Recht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch machen, können mit unserer Solidarität rechnen.

Sollten Soldatinnen und Soldaten den Einsatz in Afghanistan kritisieren und ihnen dabei unsere Solidarität wichtig sein, würden wir sie dabei ebenfalls unterstützen.

Im Übrigen erweisen wir mit unserer Forderung, die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen, die größte Solidarität gegenüber den Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten: Wir engagieren uns dafür, dass sie von diesem Kriegsschauplatz abgezogen, nicht mehr in solche lebensgefährlichen Kriegseinsätze geschickt und nicht mehr in die Situation gebracht werden, töten zu müssen.

Für diese Forderung erhalten wir auch Unterstützung aus der Bundeswehr heraus. Oberfähnrich Christian Neumann, ein im elften Jahr aktiver Soldat der Bundeswehr, unterstützt unseren Protest gegen die „Patenschaft" mit seiner Unterschrift unter den „Offenen Brief". In einem Schreiben an den Gammertinger Bürgermeister betonte er, es gäbe auch viele Soldaten, die nicht wollten, dass *„die Bundeswehr mit ihrem klaren Verteidigungsauftrag an Interventionskriegen der NATO mitwirkt!"* Es gäbe einige hundert Offiziere und Unteroffiziere in der Bundeswehr, die seit Jahren berechtigte Bedenken äußerten. *„Die Angehörigen der Bundeswehr sind auch Menschen Ihrer Gemeinde, die protestieren"*, schreibt er weiter. *„Der gesellschaftliche Querschnitt spiegelt sich im Personal der Bundeswehr wieder. Das sind keine anderen Menschen und schon gar keine, die vom Krieg überzeugter sind als andere."*

Würden Bürgermeister Jerg und seine Bürgermeisterkollegen die „Patenschaft" so verstehen, dass sie die Soldaten möglichst schnell heim holen und den entsetzlichen Einsatz möglichst bald beendet sehen möchten, dann könnten wir ihnen darin zustimmen.

Auflösung des Suchbilds von S. 11: Ich bin in der vorderen Reihe der 2. von links. Es handelt sich um eine Aufnahme aus der Grundausbildung im Juli 1972 in Oberbexbach (Saarland). Ich leistete 1972/73 Wehrdienst, bevor mein Körper nicht mehr „mitspielte" und die spätere Kriegsdienstverweigerung schon einmal vorwegnahm. Das Soldatenleben ist mir also aus eigener Erfahrung bekannt, wenngleich das zum Glück damals noch keine Kriegseinsätze einschloss. Michael Schmid

„Die Oberen sagen: Friede und Krieg
Sind aus verschiedenem Stoff.
Aber ihr Friede und ihr Krieg
Sind wie Wind und Sturm.

Der Krieg wächst aus ihrem Frieden
Wie der Sohn aus der Mutter.
Er trägt
Ihre schrecklichen Züge.

Ihr Krieg tötet
Was ihr Friede
Übriggelassen hat."

Bertolt Brecht

So viel Chance war nie

Die Auseinandersetzung um die Atomkraft steht auf Messers Schneide – die Anti-Atom-Bewegung kann Zünglein an der Waage sein, wenn wir jetzt all unsere Kraft einsetzen. Eine Analyse von Jochen Stay



Wer sich für Atompolitik interessiert und die letzten Wochen viel Zeitung gelesen hat, dürfte ziemlich verwirrt sein. Was aus Regierungskreisen in Sachen Betriebszeiten von AKW nach außen dringt, kann widersprüchlicher nicht sein.

Und damit meine ich noch nicht einmal die offiziellen Positionen der CDU-Streithähne: Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus fordert mal 32 Jahre mehr Laufzeit und dann wären ihm auch 15 recht. Bundesumweltminister Norbert Röttgen wird immer wieder damit zitiert, dass ihm auch vier bis acht Jahre Laufzeitverlängerung reichen würden, obwohl er das so schon lange nicht mehr gesagt hat.

Interessanter sind die Informationen, die mehr oder weniger inoffiziell nach außen dringen. Und die sind es eben, die in den letzten Wochen Kapriolen schlagen:

Im Handelsblatt vom 30. Juli war unter der Überschrift „*Konservative wenden sich von Atomlobby ab*“ folgendes zu lesen: „*Die Atomkraft hat eine glühende Verfechterin verloren: Kanzlerin Merkel will vom Ausstieg aus dem Atom-Ausstieg offenbar nichts mehr wissen. Die Chancen für längere Laufzeiten schmelzen dahin. (…) Während die Regierungschefin durch die Südtiroler Bergwelt wandert, glaubt in den Regierungsfraktionen und in den betroffenen Unternehmen kaum jemand mehr daran, dass es einen echten „Ausstieg aus dem Ausstieg“ geben wird. (…) Allenfalls ein minimales Zugeständnis an die Betreiber erscheint noch erreichbar. Es verfestigt sich der Eindruck, dass Merkel das Thema ad acta legen will. (…) Die Resignation sei enorm, heißt es aus dem Wirtschaftsflügel der Unionsfraktion. Die Frage der Laufzeitverlängerung hänge mittlerweile zu lange in der Luft, mit jedem Tag ohne Entscheidung würden die Chancen für einen Durchbruch schwinden. (…) Mittlerweile läuft die Zeit davon. Langsam, aber sicher wachse das Risiko, dass das Thema dann schon mit Blick auf die nächste Bundestagswahl 2013 nur noch mit spitzen Fingern angefasst werde, heißt es in der Koalition.*“

Am 7. August heißt es dann in „Spiegel Online“ „*Atomkraftwerke sollen 14 Jahre länger laufen*“: „*Jetzt zeichnet sich in der schwarz-gelben Koalition eine deutliche Fristverlängerung ab. Nach Informationen des Spiegel favorisiert ein Bündnis, bestehend aus der Bundestagsfraktion, den süddeutschen Ländern und dem Bundeswirtschaftsministerium, die Atomreaktoren im Schnitt um 14 Jahre länger laufen zu lassen. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) strebt dagegen kürzere Fristen an. Ob Röttgen sich durchsetzen kann, scheint fraglicher denn je. Der Druck aus den eigenen Reihen nimmt zu. Joachim Pfeiffer, der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, attackiert Röttgen im Spiegel: „Röttgen sollte anerkennen, dass die Mehrheit in Partei und Fraktion Kernkraft für eine längere Zeit als er für absolut nötig hält, um eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten.*“

Und am 9. August schreibt die Süddeutsche Zeitung: „*Weniger Atommeiler, längere Laufzeiten*“: „*Im Streit über längere Laufzeiten für die deutschen Kernkraftwerke zeichnet sich eine Kompromisslinie ab. Demnach könnten die ersten Kernkraftwerke schon im Jahr 2011 vom Netz gehen, andere dagegen würden im Gegenzug länger laufen. Anlass seien neue Sicherheitsauflagen, die im Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung erlassen werden sollen, hieß es am Sonntag in Regierungskreisen. Schon im kommenden Jahr könnten ihnen die ersten ‚zwei oder drei‘ Atomkraftwerke zum Opfer fallen. Welche das sein könnten, und wie viel länger die übrigen Reaktoren laufen könnten, sei aber noch offen. Ungeklärt sei auch noch, ob überhaupt ein fester Zeitpunkt für das Abschalten der letzten Reaktoren genannt werde.*“

Wer diese drei Texte liest, ist trotz – oder besser gesagt wegen – aller Widersprüchlichkeit hinterher schlauer. Denn sie zeigen eins: Die Auseinandersetzung innerhalb der Regierungsparteien um die Laufzeiten der Atomkraftwerke ist völlig offen. Ja es gibt fast so etwas wie eine Patt-Situation. Welches Lager sich am Ende durchsetzt, welche Kompromisse und miesen Tricks noch auf den Tisch kommen, all das wird am Ende von kleinsten Faktoren abhängen, die die Waage in die eine oder andere Richtung bewegen.

Und genau das ist die riesige Chance für die Anti-AKW-Bewegung. Sind sich die Regierenden einig, haben es Protestbewegungen schwer. Aber in der diffusen atompolitischen Situationen können wir Zünglein an der Waage sein. Besonders attraktiv ist da das Szenario, welches die Süddeutsche Zeitung beschreibt:

Die Stilllegung einiger Altreaktoren soll quasi als Bauernopfer den gesellschaftlichen Konflikt befrieden. Kriterien für deren Stilllegung sind Sicherheitsauflagen. Diese sind aber variabel. Unterm Strich bedeutet das: Je stärker bis Ende September der politische Druck aus der Gesellschaft ist, um so höher ist der Preis für die Befriedung des Konflikts, um so strengere Sicherheitskriterien werden angelegt und entsprechend mehr Reaktoren stillgelegt.

Von Anfang an hat *.ausgestrahlt* darauf hingewiesen, dass in der aktuellen Auseinandersetzung nicht die Zahl der Jahre entscheidend ist, um die die AKW-Laufzeiten verlängert werden sollen, sondern die Zahl der Reaktoren, die jetzt stillgelegt werden. Denn ob ein Kraftwerk nun vier oder 28 Jahre länger laufen soll: das lässt sich in einigen Jahren in die ein oder andere Richtung revidieren. Aber jedes stillgelegte AKW ist endgültig aus.

Die Bundesregierung hat uns also einen phantastischen Hebel in die Hand gegeben, wie wir die Zahl der Atomkraftwerke in diesem Land direkt beeinflussen können. Die Formel lautet: Je mehr Protest, umso weniger AKW. So viel Chance war nie !

Atomkraft: Schluss jetzt!

Aufruf zur Großdemonstration am 18.9. in Berlin

Gegen die Mehrheit der Bevölkerung hält die schwarz-gelbe Bundesregierung an ihren Atomplänen fest. Sie will die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern – und den Bundestag möglicherweise noch im September darüber entscheiden lassen.

Wir sagen: Schluss jetzt!

Wir widersetzen uns dieser unverantwortlichen Atompolitik! Wir dulden es nicht, weiter den Risiken von schweren Atomunfällen ausgesetzt zu sein. Dass die Atommüllberge weiter in die Höhe wachsen, für deren Lagerung es weltweit keine Lösung gibt. Dass der Weiterbetrieb der Atomreaktoren den Weg in eine klimaverträgliche Zukunft mit Erneuerbaren Energien verbaut. Wir haben es satt, mit dem Ausstieg auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet zu werden. Wir wollen die Atomkraftwerke abschalten – und zwar jetzt!

Gorleben stoppen!

Wir widersetzen uns auch einer unverantwortlichen Entsorgungspolitik für den tödlichen Strahlenmüll. Gorleben wurde aus politischen Gründen und nicht auf Grund geologischer Eignung als Endlagerstandort gewählt. Das Vorbild für Gorleben – das absaufende und vom Einsturz bedrohte Atommülllager Asse II – zeigt, dass von den Sicherheitsbeteuerungen nichts zu halten ist. Gorleben kommt als Atommülllager nicht in Frage!



Jetzt müssen wir dran bleiben!

Unser Widerstand zeigt Wirkung: Die Bundesregierung ist mit ihren Atomplänen in der Defensive und uneins. Sie spürt den Druck, der von einer neu erstarkten Anti-Atom-Bewegung ausgeht und von einer breiten Mehrheit in der Gesellschaft getragen wird. Jetzt kommt es auf unseren gemeinsamen Protest an!

Komm zur Großdemonstration! Werde aktiv!

Am 18. September wollen wir mit zehntausenden Menschen in Berlin auf die Straße gehen und das Regierungsviertel umzingeln! Damit läuten wir einen heißen Herbst ein, der im November in den vielfältigen Protesten gegen den Castor-Transport nach Gorleben gipfelt. Kommt am 18. September nach Berlin und demonstriert für den Ausstieg! Atomkraftwerke jetzt abschalten - Gorleben stoppen!

Die Großdemonstration „Atomkraft: Schluss jetzt!“ ist eine Aktion von: *Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, .ausgestrahlt, BUND, Campact, Naturfreunde Deutschlands*

Unterschriftenaktion: Den Krieg in Afghanistan beenden - zivil helfen

Mit einer gemeinsamen Unterschriftenaktion fordert ein breites Bündnis der deutschen Friedensbewegung jetzt von der Bundesregierung und den Abgeordneten des Bundestages die Beendigung des Krieges und eine zivile Hilfe für einen selbstbestimmten Friedensprozess in Afghanistan. Der Appell „Den Krieg in Afghanistan beenden - zivil helfen“ soll die Diskussion über den Krieg in alle gesellschaftlichen Bereiche tragen. Er enthält drei klare Forderungen: Die Bundeswehr müsse „alle Kampfhandlungen“ beenden, „sofort“ mit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan beginnen und die dadurch frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung einsetzen.

Der Appell kann online unterzeichnet werden unter: www.ippnw.de/aktiv-werden/kampagnen.html. Unterschriftenlisten können angefordert werden bei: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel.: 0228/692904, Fax: 0228/692906, Mail: friekoop@friedenskooperative.de

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
(nach tel. Vereinbarung)
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen
Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 750 Exemplare

Bankverbindung

GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 609 67
Konto 802 333 4800

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG

aro achimrosenhagen

Es gibt eine kritische Masse

Es gibt den Tropfen,
der das Fass zum Überfließen bringt,
die eine Stimme,
die die Wahl entscheidet,
das eine überzeugende Bild,
das die Gesinnung umschwenken lässt,
das freundliche Wort,
mit dem niemand mehr gerechnet hat.
Damit wird erfüllt, was nötig war,
um die Entwicklung weitergehen zu lassen.
Es geht nicht darum,
allein die Welt zu retten.
Aber vielleicht
ist die eine Tat der Hoffnung
oder das eine Leben,
das der Hoffnung gewidmet ist,
ausschlaggebend für die Verwandlung.
Niemand ahnt es,
doch plötzlich fällt die Mauer: Es waren dein Blick,
dein Wort, dein Wachsein, dein bewegliches Denken,
die sie einstürzen ließen.
Der Weg ist frei
für eine neue Art zu denken, eine neue Art zu handeln,
eine neue Art zu leben.
Die kleine Treue
ist immer auch die große Treue.

Ulrich Schaffer